

Maukörper zum Thema Einwanderung

Die Überlegung des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Schäuble, den Einsatz der Bundeswehr im Zeitalter weltweiter Wanderungsbewegungen und internationalen Terrorismus flexibler zu gestalten (F.A.Z. vom 22. Dezember), ist das Ergebnis einer politisch durchweg negativen und defensiven Prägung der Problembereiche von Zuwanderung und Eingliederung. Heute wird schon laut nachgedacht über den Einsatz der Bundeswehr gegenüber Wanderungsbewegungen außerhalb und innerhalb der deutschen Grenzen! Von „vielfältigen neuen Gefahren und Katastrophen“ ist dabei in der Begründung die Rede. Wichtiger, als den Einsatz der Bundeswehr in gesellschaftlichen Katastrophen zu planen, ist es, Konzepte zur Vermeidung solcher Katastrophen zu entwickeln. Die Nachtsichtgeräte unserer Grenzer und die Waffen unserer Soldaten sind kein Ersatz für die fehlenden Konzepte unserer Politiker in der Migrationspolitik.

Das Versteckspiel mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die Vogel-Strauß-Politik in Sachen Migration muß ein Ende haben. Die Bundesrepublik ist das Hauptzuwanderungsland Europas. Jeder weiß das, auch die Bürger in diesem Land. Umfassende Konzepte aber fehlen. 1992 und 1993 wurden, von Aussiedler- und Flüchtlingszuwanderung ganz abgesehen, mehr Arbeitnehmer aus dem Ausland neu heringewonnen als im Jahr des „Anwerbestopps“ von 1973, in dem von den Auslandsdienststellen der Bundesanstalt für Arbeit insgesamt 238 100 ausländische Arbeitskräfte neu vermittelt wurden. Selbst im Krisenjahr 1993 gab es, bei sinkender Tendenz, in den ersten elf Monaten noch immer höhere Zahlen als im Jahr 1973 insgesamt.

Deutschland wird auch langfristig auf Zuwanderung von außen angewiesen sein. Die akuten Probleme von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit verdecken diese Perspektive und die Notwendigkeit ihrer Gestaltung. In den vergleichsweise besseren achtziger Jahren wurde die Gestaltung der Zukunft in dieser Hinsicht versäumt. Die achtziger Jahre waren deshalb in puncto Migration ein verlorenes Jahrzehnt. Sachkenner haben immer wieder, vergeblich, dazu aufgerufen, die Bewältigung der anstehenden Aufgaben in den wirtschaftlich relativ guten Zeiten anzugehen und nicht auf künftige, möglicherweise schlechte Zeiten zu vertagen. Heute, in der Gegenwart gewordenen Zukunft der achtziger Jahre, haben wir dreierlei: schlechte Zeiten, ungelöste Probleme und mangelnde Konzepte für Zuwanderung, Eingliederung und Minderheiten.

Mehr noch: Aus Angst vor weiteren ausländerfeindlichen und überhaupt fremdenfeindlichen Ausschreitungen werden heute gegen das Thema „Einwanderung“ politische Maukörper verteilt und Schweigegebote verordnet nach dem Motto: Wer über Einwanderung redet, darf sich über neue Ausländerfeindlichkeit nicht wundern. Damit hat sich Politik in der eigenen Falle gefangen, denn dies ist eine komplette Verkehrung von Ursache und Folgen. Die Exzesse auf den Straßen sind auch die Antwort auf das gefährliche Schweigen einer Politik ohne Konzepte. Weiteres Schweigen gefährdet den sozialen Frieden und die kulturelle Toleranz im Land. Aktive politische Gestaltung von Einwanderungs- und Eingliederungsfragen ist ein Beitrag zum Abbau von Fremdenangst und fremdenfeindlichen Projektionen. Passivität und Abwehrhaltungen bewirken genau das Gegenteil, die Folgen treffen alle.

Die öffentliche Diskussion braucht eine De-Eskalation der neurotischen beziehungsweise pathologischen Migrationsdiskussion und einen Rückweg zur politischen Vernunft. Nötig ist ein positives, zumindest aber ein pragmatisches Verhältnis zu den gesellschaftlichen Problemfeldern von Zuwanderung, Eingliederung und Minderheiten. Dafür muß regelrecht geworben werden. Was man braucht, darf man nicht verteufeln. Migrationspolitik kann man nicht gegen die einheimische Mehrheit machen, sonst werden zugewanderte Minderheiten zu Opfern fremdenfeindlicher Abwehrhaltungen und Aggressionen. Demagogische Schreckbilder und Horrorvisionen müssen in der politischen Diskussion zurückgenommen werden.

In der politischen Gestaltung brauchen wir umfassende und langfristig angelegte, konsensfähige Konzepte. Es gibt dazu längst die verschiedensten Gestaltungsvorschläge und im Kern schon lange kein neues Argument mehr in der Diskussion. Was fehlt, sind der politische Konsens und die Einsicht, daß Migrationspolitik nicht irgendein Randgebiet ist, sondern Gesellschaftspolitik in einem ganz umfassenden Sinne – von der Wirtschaftspolitik über die Sozialpolitik bis zur Kulturpolitik.

In den umfassenden Zuwanderungskonzepten, die wir dringend brauchen, müssen zwei große Felder, trotz ihrer vielfältigen Überschneidungen in der Wirklichkeit, möglichst klar unterscheidbar bleiben und dürfen auf keinen Fall verwechselt oder sogar gegeneinander ausgespielt werden: Flüchtlingspolitik auf

der einen, Einwanderungspolitik auf der anderen Seite: In Flüchtlingsfragen geht es um humanitäre Pflichten, um Schutz für Flüchtlinge und um die Bekämpfung von Fluchtursachen. In Einwanderungsfragen geht es primär um die Interessen des Einwanderungslandes selbst, also um die Steuerung von Zuwanderung im Interesse des Aufnahmelandes. Dazu sind Steuerungssysteme mit Kontingenten und Quoten notwendig, die so menschlich wie möglich zu gestalten sind. In der Migrationspolitik aber sollte nicht zuerst nach Zahlen, sondern nach Zielen gefragt werden. Aus solcher Zielbestimmung erst können sich Zahlen ergeben.

Notwendig dazu ist eine Generaldebatte zum Thema Zukunft, in dem es nicht nur um die Entwicklung der Bevölkerung, sondern auch um die Entwicklung des Faktors Arbeit gehen muß unter besonderer Berücksichtigung der gefährlichen doppelten Brücke über die Ränder des Binnenmarktes hinweg: Export von Arbeitsplätzen und Import von Billigarbeit. Einwanderung kann ihre hilfreiche Kraft im Innern nur entfalten und als Beitrag zum Generationenvertrag wirken, wenn die Einwanderer sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden können und nicht auf Dauer auf Sozialhilfe angewiesen bleiben. Beachtet werden muß außerdem, daß Eingliederung immer ein Prozeß auf Gegenseitigkeit ist, auch wenn der Anpassungsdruck bei den Einwanderern unvergleichlich höher ist. Wird das nicht beachtet, erkannt und verstanden und werden die damit verbundenen Probleme nicht gestaltbar gehalten, dann kann Zuwanderung auch destabilisierend wirken.

Es gilt, die gefährlichen politischen Schweigegebote in Sachen Einwanderung zu durchbrechen, die selbstverordneten politischen Maukörper an den Nagel zu hängen und die Vogel-Strauß-Politik in Einwanderungsfragen aufzugeben. Wenn man der deutschen Politik in dieser Hinsicht für das kommende, politisch zweifelsohne sehr folgenreiche Jahr einen guten Vorsatz mit auf den Weg geben könnte, dann diesen: „Kopf hoch“, aus dem Sand nämlich, und mehr Mut zur aktiven Auseinandersetzung mit den anstehenden Problemen. Es geht darum, in puncto Migration die Politik der Versäumnisse aufzugeben und endlich umfassende Konzepte zur aktiven Gestaltung zu entwickeln – nicht nur defensive Reparaturideen zur Schadensbegrenzung für die Folgen der eigenen Versäumnisse.

Professor Dr. Klaus J. Bade, Direktor des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück